

23.11.2020

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der SPD

Arbeitsschutzkontrollgesetz in der Fleischindustrie muss jetzt kommen – Warum rudert Arbeitsminister Karl-Josef Laumann zurück?

„Eines will ich hier auch ganz deutlich sagen: Schlachthöfen, die jetzt erklären, sie könnten nicht mehr schlachten, weil sie kein Personal hätten, kann ich nur sagen: Greift einmal ins Portemonnaie und bezahlt die Leute besser.“ So hat Arbeitsminister Karl-Josef Laumann im Zuge der Plenardebatte am 12.11.2020 zu dem Antrag der SPD-Landtagsfraktion „Arbeitsschutzkontrollgesetz muss jetzt kommen – Schluss mit der Blockadehaltung von CDU und CSU“ (Drucksache 17/11677) auf die Lobbyarbeit der Fleischindustrie reagiert, womit diese das Gesetz zum Verbot von Werkverträgen verhindern möchte.

Ausweislich eines Berichtes beim WDR Magazin Westpol vom gestrigen Tage (22.11.2020) verlässt Arbeitsminister Laumann jetzt seinen bislang strikten Kurs für eine Regulierung der Machenschaften in der Fleischindustrie. Während er seit Monaten fordert, dass der Gesetzentwurf zur Verbesserung des Arbeitsschutzes in der Fleischindustrie schnellstmöglich und unverändert in Kraft treten soll, rudert er ausweislich des Berichtes in Westpol nun zurück. Nach Laumanns Meinung müsste das Gesetz mehr Ausnahmen vorsehen, zum Beispiel für die fleischveredelnden Betriebe. Damit knickt der Arbeitsminister jetzt wohl doch vor der Fleischlobby ein.

Westpol hatte aus einem internen Schreiben zitiert, wonach die zahlreichen Gespräche mit Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU-Fraktion "Wirkung gezeigt" hätten. Im Ringen um strengere Vorschriften für die Fleischindustrie hat auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil erneut vor einer Verwässerung des Gesetzentwurfs gewarnt. Bei der Regierungsbefragung im Bundestag appellierte er am vergangenen Mittwoch an die Unions-Abgeordneten, nicht auf die "Sirenenklänge" einzelner Lobbyisten zu hören und warnte davor, Schlupflöcher in das Gesetz zu weben, die wieder missbraucht werden. Deswegen muss der Gesetzentwurf so wie vorgesehen und unverändert verabschiedet werden. Jede Ausnahme wäre für die Beschäftigten in der Fleischindustrie eine schlechte Nachricht, weil Schlupflöcher die schlechten Arbeitsbedingungen weiter zementieren. Aufgrund der Bedeutung des Themas besteht ein dringendes öffentliches wie auch parlamentarisches Interesse, dass die Landesregierung in einer Aktuellen Stunde ihre Position erklärt.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Lisa-Kristin Kapteinat
Josef Neumann

und Fraktion

Datum des Originals: 23.11.2020/Ausgegeben: 23.11.2020